

danke von Politik und Militärs. Auch Eurodrohne oder EU-Kampfhubschrauber sind auf der Kerneuropa-Wunschliste.

Dass Paris nicht an Bord ist, zeigt nur, dass beim Ausbuchstabieren von Sky Shield Französisch die Fremdsprache ist. Alles Mögliche wird mit Sky Shield gestärkt, aber sicher nicht die Autonomie der EU. Während hierzulande von europäischen Dimensionen parliert wird, reden deutsche Expert:innen Klartext: die Allianz heißt NATO.

Strategielos

Das Österreichische an all dem ist, dass die Absicht über Milliardenausgaben erklärt wird, während die Parteien aktuell ihre Positionen zur in Aussicht stehenden Sicherheitsstrategie debattieren. Der übliche Weg wäre: Erstens die Herausforderung und zweitens die passenden Instrumente zur Bearbeitung. Der österreichische Weg: Sky Shield flink vor der finalen Strategiedebatte ins Trockene bringen. Dieser Weg hat System. Vor dem Beschluss der aktuellen Sicherheitsstrategie, die aus dem Jahr 2013 stammt, wurde das Volk über das Wehrsystem befragt. Die öffentliche Debatte kreiste um Schneeschaufeln und billige Zivil-diener, während die bereits geschnittene Strategie in der Schublade lag. Erst das Instrument, dann die Strategie lautet das Motto eines sicherheitspolitischen Kopfstandes.

Welche Sicherheit?

Was ist bei einem Pakt speziell gegen russische Raketen sicherheitspolitisch überhaupt möglich? Bestenfalls Abschreckungsfrieden und nicht mit Raketendrohungen erpresst zu werden.

Wesentliche Teile der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sind außer Kraft oder erodiert. Mangelndes Vertrauen zwischen Washington und Moskau ist eine der Ursachen, warum der Vertrag über nu-

kleare Mittelstreckensysteme (INF) oder zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (ABM) längst perdu sind. Das hat die Sicherheitslage bereits vor dem 24.2.2022 für Europa verschlechtert.

Neutral sein ist mehr als ein Muskelpaket gegen Raketen und Drohnen. Eine Haltung der Kriegsverweigerung – nicht mehr und nicht weniger ist die Neutralität völkerrechtlich – hat auch nach dem friedenspolitischen Mehrwert zu fragen. Atomwaffenverbotsvertrag, Gastgeber für Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle (Iran-Deal oder NewSTART) sowie aktive Amtssitzpolitik sind international sichtbar. Besonders wenn in den internationalen Beziehungen nicht die Sonne scheint, hat Vertrauensbildung, zivile Krisenprävention und die Stärkung menschlicher Sicherheit durch den Neutralen besondere Glaubwürdigkeit. Da ist Österreichs Beitrag wirklich geboten.

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien

KOMMENTAR: SKY SHIELD

Die Weltuntergangsuhr steht heute auf 90 Sekunden vor Mitternacht. Nach dem Bulletin of Atomic Scientists war es noch nie so gefährlich wie dieser Tage. Begründet wird dies mit Nuklearwaffen oder auch dem Klimawandel. Selbst thermonukleare Systeme im Jahr 1953 oder die Dynamik um den NATO-Doppelbeschluss der frühen 1980er ließen den Zeiger nicht so weit vorrücken wie heute.

Auch in kriegerischen Situationen dürfen Rüstungskontrolle, der Gedanke der Abrüstung sowie Maßnahmen zur Eindämmung von Eskalation nicht auf Eis gelegt werden. Die Anzahl von Sprengköpfen und Trägersystemen sowie ihr Bereitschaftsgrad sind das eine. Vertrauen und Misstrauen, eskalierende oder deeskalierende Verhaltensweisen, mehr oder weniger globale Stabilität sind das andere, um diesbezügliche Gefahren zu beurteilen.

Risikominimierung durch menschliche Fehler oder Fehlwahrnehmungen zählten seit Jahrzehnten zum ABC der Motive zur Abrüstung, so auch beim Atomwaffenverbotsvertrag. Gerade dies ist in Krisensituationen besonders wichtig. Dazu braucht es trotz allem funktionsfähige Kommunikationskanäle.

Kein Atomkrieg

In der aktuellen Phase des Krieges seit dem 24.2.2022 hat Russland mit Atomwaffen gedroht bzw. Stationierungspläne in Belarus bekannt gemacht. Das Signal aus dem Kreml: Ich ziehe rote Linien und bin unberechenbar. Die Gefahr eines Einsatzes einer Nuklearwaffe bleibt – auch wenn sich manche Expertinnen und Experten noch so sicher zeigen – schwer einschätzbar. Die Frage blindlings abzutun wäre gefährlich, auch wenn ein Einsatz derzeit nicht besonders wahrscheinlich ist.

Friedenspläne und Lagebilder unterschiedlichster Akteur:innen ma-

KOMMENTAR: ATOMWAFFEN

Atomare Abrüstung in Zeiten des Krieges Warum wir am Jahrestag des Abwurfes der Atombombe über Hiroshima Rüstungskontrolle nicht auf Eis legen dürfen

Von Thomas Roithner

chen deutlich, dass die Verhinderung eines Atomkrieges zu den wesentlichsten Bausteinen gehört. Die Reaktionen auf Wladimir Putins Drohungen mit Atomwaffen dokumentieren dies. Auch China – selbst Nuklearmacht und mit Russland Teil der Schanghai- und BRICS-Kooperation – bezieht unmissverständlich Stellung.

Heißkalt bei Atomwaffen

Neben dem Verlust von Vertrauen erodierten seit der Millenniumswende auch nukleare Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge bzw. Kontrollinstrumente. Die USA – und gleich darauf Russland – haben den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aufgekündigt. Ebenfalls perdu ist der Vertrag über Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag). Sowohl die USA wie folglich Russland sind aus dem Open Skies Treaty zur Überwachung von Rüstungskontrolle ausgestiegen. Im Februar 2023 hat Russland den letzten bilateralen nuklearen Rüstungskontrollvertrag über strategische Potenziale (New START) ausgesetzt. Abseits bilateraler Verträge werden in den anderen sieben Nuklearwaffenstaaten weitere nukleare Muskeln aufgebaut oder modernisiert. Zudem ist der aktuelle Krieg keine gute Verhandlungsbasis für das von Donald Trump aufgekündigte Atom-Abkommen (JCPOA) mit dem Iran.

Aber es gibt auch Erfreuliches. Im Jahr 2017 haben 122 Staaten den in New York ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrag angenommen. 68 Staaten haben diesen seit Jänner 2021 in Kraft getretenen Vertrag inzwischen ratifiziert, 27

weitere haben ihn unterzeichnet und weitere 44 unterstützen ihn durch ihr bisheriges Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen. Das sind knapp über 70 Prozent der Staaten. Mit dem langsamen Entziehen der Finanzierungsbasis für Atomwaffen ist der Vertrag mehr als Symbolik.

Die Rolle Österreichs

Österreichs Diplomatie steht bei nuklearer Abrüstung in der allerersten Reihe. Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und sein Zustandekommen hat Österreichs Fingerabdrücke. Die erste Vertragsstaatenkonferenz fand 2022 in Wien statt. Die Neutralität und Nicht-Mitgliedschaft in der nuklearen Militärallianz NATO machen Österreich besonders glaubwürdig. Gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft gilt es, den Vertrag auch in Krisenzeiten zu stärken und für seine Kritikerinnen und Kritiker kontrollierbar zu machen. Hier kann der Neutrale dienlich sein, um die internationale

Politik ein Stück berechenbarer zu machen.

Der Hiroshima-Gedenktag bietet die Chance, sich zwei Verständnisse von Sicherheit durch den Kopf gehen zu lassen. Die vermeintliche Logik von Abschreckung, Waffen und Gewaltanwendung, Atombomben all inklusive. Oder die Logik der menschlichen Sicherheit, wie sie auch der Atomwaffenverbotsvertrag enthält: Der Mensch, seine Gesundheit und seine ökologischen Lebensgrundlagen stehen im Mittelpunkt.

Die Welt hat heute einen Atomwaffenverbotsvertrag. Nicht, weil die wenigen nuklearen Platzhirsche das wollten. Sie und ihre Verbündeten stehen noch vor der Tür. Den Vertrag gibt es, weil viele Menschen gemeinsam auf den Straßen demonstrieren und die breite Mehrheit von Staaten beharrlich den Weg zu Verhandlungstischen findet. Damit die Weltuntergangsuhr nicht einfach weitertickt.

